

Auflisschieberei und Kongreßrat ist die bürgerliche Presse voll; über zeitnahe Wirtschaftsprobleme, wie Planwirtschaft, europäische Wirtschaftsgestaltung, Unterbringung der Menschen im Produktionsprozeß, weiß sie wenig oder nichts zu sagen.

Der Kampf der Parteien oder das „Parteiorgän“ — um im Stil des Gros dieser Presse zu reden — braucht einen wirklich nicht als Blus, als Verschönerung dieses Daseins zu erscheinen, aber mehr Inhalt, mehr Substanz, mehr Positives haben selbst die politischen Komödien der deutschen Kinderstube immer noch in sich, als die impotente Phrasologie der Generalanzeiger-Presse aufweisen kann.

Der gedruckte Leerlauf dieser Presse gehört zum Entsetzlichsten am politischen Getriebe unserer Zeit.

Angenügende Aktienrechtsreform

Zwanzig Aufsichtsratsmandate dürfen in einer Hand bleiben

Die Reichsregierung hat, wie bereits berichtet, am Sonntag die Notverordnung über Aktienkontrolle und Aktienreform erlassen.

In der Frage der Aktienrechtsreform wurde die sogenannte kleine Lösung durchgeführt, d. h. nur die nach der Auffassung der Reichsregierung am dringlichsten einer Reform bedürftigen Stellen sind durch die Notverordnung geregelt worden.

Die wichtigsten Bestimmungen der jetzigen Regelung beziehen sich auf die Publizität, die Pflichtrevision und die Verwaltung der Aktiengesellschaften. Ueber die Verwaltung wird bestimmt, daß sämtliche Aufsichtsräte bei der nächsten Generalversammlung neu zu wählen und ihre Bezüge neu zu regeln sind.

Die Bestimmungen über die Verschärfung der Publizität und über die Einführung der Pflichtrevision entsprechen im wesentlichen den Vorschriften, die schon der Entwurf des Reichsjustizministeriums vorgesehen hatte.

Soweit wäre alles in Ordnung, wenn wir davon absehen, daß auch für die Publizität der Aktiengesellschaften weitergehende Vorschriften notwendig gewesen wären.

Die Fortschritte, die die Notverordnung auf dem Gebiete des Aktienwesens bringen sollte, sind durch die Hinausschiebung der Aufzählung ihrer wichtigsten Bestimmungen zum größten Teil illusorisch gemacht worden.

Bankenzusammenbrüche in Amerika

U. New York, 22. September. (Fig. Funkfr.)

Auf Anordnung der pennsylvanischen Regierung ist die Bank von Pittsburg, die bisher über 54 Millionen Dollar Kundeneinlagen verfügte, geschlossen worden.

Japans Rüstungsstand

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat am Freitag die Mitteilungen Japans über den Stand der Rüstungen veröffentlicht. Aus ihnen geht hervor, daß die japanische Landarmee aus rund 280 000 Mann besteht, ausgleich 7000 Mann der Luftfliegertruppe, die 888 Flugzeuge besitzt.

So lügen sie!

Ein Naziblatt erschwindelt in zehn Tagen 800 Verwundete

In Berlin werden gegenwärtig zwei schwere Prozesse wegen Gewalttat und Mord verhandelt. Beide richten sich gegen nationalsozialistische Ströme. In dem einen Falle haben Wurdien des „Sturms 33“ einen Arbeiter überfallen und niedergeschlagen.

Von solchen Prozessen liest man in nationalsozialistischen Blättern natürlich nichts.

Erziehung ihrer Forderungen zu menschlicher Gesittung ist ihnen fremd. Ueber die Hoheit und Zuchtlosigkeit in ihren Reihen lügen sie mit Lügen hinwegzutäuschen, mit Lügen über andere. So bringt das jüdische Naziblatt gestern einen fetten Resten mit der Ueberschrift: „Nazistischer Mordanschlag! In zehn Tagen 800 Verwundete!“

Wir fragen die Nazi-Hochpriester: Wer sind diese Nazisten? Wo sind diese Verwundeten dem „marxistischen Terror“ zum Opfer gefallen? Möglicherweise, daß die Nazis in der letzten Zeit mit den Kommunisten besonders viel Zusammenstöße hatten, daß ihnen und ihnen besonders viel sinnlose Opfer gefallen sind.

Aber wann werden sie endlich über die neuesten Gewalttaten und Mordtaten ihrer Wanden berichten?

Zwei Rädeltsführer gefressen!

Die Blut- und Gewalttaten, die die Nationalsozialisten am jüdischen Neujahrstag in Berlin am Kurfürstendamm verübten, erwiesen sich vor Gericht als von der S. O. Organisation inszeniert und geleitet.

Bankenkontrolle auf Stottern

In einem Teil unserer Auflage gaben wir bereits den Inhalt der Notverordnung über die Bankenaufsicht wieder. Die gegen jetzt dem Genossen Fritz Kapfzall zu einer kritischen Würdigung der Verordnung das Wort.

Es ist der Regierung Trüning nicht gegeben, mit Kühnheit und Klarheit den Weg des Umbaues des Wirtschaftssystems einzuschlagen, der die richtige Folgerung aus den Krisenercheinungen dieses Sommers, aus dem Verlegen der privatkapitalistischen Organisation und ihrer Funktionäre sein müßte.

Die Forderung, daß Bankgeschäft und Kapitalienkung nicht reine Privatangelegenheiten bleiben dürfen, sondern der öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen sind, ist im Grundsatze durch die Notverordnung anerkannt. Aber mit der Anerkennung der Forderung im Grundsatze ist die Erfüllung der Forderung nicht verbunden.

Die Notverordnung legt die Bankenaufsicht in die Hand eines Reichskommissars und eines Kuratoriums, das die Richtlinien für die Tätigkeit des

Bankenkommissars aufzustellen hat und darüber entscheiden soll, ob und inwieweit für die Geschäftsführung der Banken allgemeine Grundregeln aufzustellen sind.

Das Pfund sinkt

Die Preise steigen

Die Aufhebung der Goldwährung in England hat am Dienstag die Londoner Börse scharf erschüttert. Der Wert des Pfunds sank auf 4,84 auf 4,30 Dollar, also um 11 Prozent.

An der Londoner Warenbörse waren angesichts der Vorgänge auf dem Geldmarkt bereits am Montag Preissteigerungen im Umfang von 10 bis 12 Prozent zu verzeichnen.

Chinas Beschwerde beim Völkerbund

T. Genf, 21. September. (Fig. Drahtber.)

Auf Antrag Chinas ist der Völkerbundrat auf Dienstag vormittag zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden. Die Eingabe der chinesischen Regierung forderte auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundespaktes, daß der Rat geeignete Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Friedens ergreifen möge.

Einladung Coovers an Laval. Der amerikanische Botschafter in Paris hat dem französischen Staatspräsidenten eine Einladung des amerikanischen Staatspräsidenten Coover zum Besuch von Washington übermittelt.

Der Kommissar kann seine Befugnisse teilweise auf andere Stellen übertragen, d. h. also sich vertreten lassen, er hat über den engeren Bankkreis hinaus auch das Recht von Privatpersonen, die nicht Bankiers sind, Auskunft über ihre Auslandverpflichtungen und Auslandsforderungen zu verlangen.

Die Bedeutung der Bankenaufsicht ist die letzte Entscheidung der Reichsregierung vorbehalten. Wenn durch die vorstehend erwähnten Bestimmungen an sich der Anstoßpunkt für eine wertvolle Ausgestaltung der Bankenaufsicht auch mit dem Ziele volkswirtschaftlicher Kapitalienkung gegeben wäre, so muß doch die Zusammenfassung der entscheidenden Bankenaufsicht als sehr unbefriedigend bezeichnet werden.

Die Notverordnung kann einen Start, wenn auch vielleicht keinen sehr glücklichen, bedeuten, und unsere Aufgabe wird es sein, darauf zu drängen, daß das Rennen nicht abgebrochen wird, sondern das Ziel erreicht wird.